

Beim Frühstück wird der Geldmann zum Kapitalismuskritiker

Zu Besuch bei guten Freunden in Ostwestfalen, Frühstücksgespräch. Mein Gastgeber ist ein Geldmann, einer der Ahnung hat von den Zusammenhängen, von Wirtschaft und den internationalen Geldströmen. So ein Mann - wir kennen uns seit bald 40 Jahren - ist kein Sozialist. Wie könnte einer, der Ahnung von Geld hat, ein Sozialist sein? Er ist politisch ein Bürgerlicher, einer, der eine Familie mit Kindern hat, sehr gut verdient, der sonntags in die Heilige Messe geht und dem - da bin ich sicher - die Hände abfallen würden, bevor er jemals in der Wahlkabine die SPD oder Schlimmeres ankreuzt.

Aber bei Kaffee, Landbrot und Serranoschinken beginnt er, den Wirtschaftsliberalismus unserer Zeit zu kritisieren, ja zu zertrümmern. „Du bist doch ein Konservativer“, sagt er, „warum habt Ihr, warum hat auch die CDU keine eigenen Ideen zum Thema Wirtschaft und Geld?“ Alle, so doziert er überzeugend, leiern das gleiche Mantra herunter: mehr Wachstum, mehr Gewinn, bloß keine Schulden und jegliche Hindernisse für die Wirtschaft aus dem Weg schaffen. Im Grunde ist es das, was ich auch selbst seit vielen Jahren denke.

Und dann - noch eine frische Tasse Kaffee - spricht er, eigentlich ein Konservativer, über Nachhaltigkeit, über internationale Regeln gegen den Raubtierkapitalismus und für, ja *FÜR* eine sinnvolle Verschuldung, um die Konjunktur am Laufen zu halten.

Mein Freund trägt kein Che Guevara-Shirt und keine Baskenmütze, sondern ein weißes Oberhemd, ganz sicher nicht von KIK. Aber er denkt über den eigenen Tellerrand, über das eigene weltanschauliche Milieu weit hinaus. Warum haben wir Konservativen eigentlich kein eigenes Konzept zur Wirtschafts- und Geldpolitik?

Ich werde ihn einladen, um darüber zu diskutieren bei der 4. Vollversammlung der wahren schwarmintelligenz am 24. August 2019 in Berlin...

Im Küstennebel: Wie sich Bremen zum deutschen Amsterdam entwickeln könnte

Nicht wenige Menschen sagen: Das Beste an Bremen ist die Autobahn nach Hamburg. Dem möchte ich gleich zu Beginn widersprechen. Der kleinere Bruder der beiden Hansestädte ist zweifellos eine Stadt, in der sich's gut leben lässt. Doch Bremen hat nicht nur das malerische Schnoor-Viertel, das Delikatessen-Paradies Grashoff und die pulsierende Einkaufsmeile namens Sögestraße, sondern auch eine Menge ernster Probleme. Der Zwei-Städte-Staat aus Bremen und Bremerhaven, idiotischerweise zu einem

Bundesland formiert, liegt bei vielen innerdeutschen Statistiken ganz hinten. Hohe Schulden, hohe Arbeitslosigkeit, kriminelle Familien-Clans, schlechte PISA-Ergebnisse – kein negativer Superlativ, bei dem Bremen nicht dabei ist. Mehr als 20 Milliarden Euro Schulden bei Gesamteinnahmen von wenig mehr als 3,7 Milliarden im Jahr – ein ordentlicher Batzen aus dem Länderfinanzausgleich bereits eingerechnet – das hat nicht die geringste Perspektive. Außerdem zeigt die Statistik unbarmherzig, dass Bremen von den deutschen Großstädten über 500.000 Einwohner die Stadt ist, aus der die 25- bis 30-Jährigen am stärksten abwandern. Kein Zeichen, das die Einwohner große Hoffnungen in eine Wende zum Besseren setzen.

Doch die Bremer sind stolze Hanseaten, und keine Volksabstimmung hätte an der Weser jemals Aussicht auf Erfolg, in der die Auflösung des Bundeslandes und seine Eingliederung in Niedersachsen gefordert würde. Und so behalten sie da im Norden ihren Status, ihre Landesregierung mit all den schönen Ministerien, ihren Landtag – Bürgerschaft genannt –, all die Ministerien, ein eigenes Landesamt für Verfassungsschutz, einen Landesrechnungshof und natürlich auch ein eigenes Landesverfassungsgericht. Als nicht in Bremen wohnender Bundesbürger kann man darüber den Kopf schütteln. Ändern kann man es nicht.

Doch nun hat Bremen einen neuen Bürgermeister, der dort im Norden gleichzeitig den Rang eines Ministerpräsidenten innehat. Der ein oder andere von Ihnen wird nun vielleicht denken: Ist das nicht der Scherf? Und die Älteren erwarten vielleicht, dass Hans Koschnick immer noch im Amt ist, um die beiden – neben Wilhelm Kaisen – bemerkenswertesten Männer in diesem Bremer Amt zu benennen. Aber nein, der neue Mann an der Spitze heißt Carsten Sieling, und er kommt aus der SPD. Bremer wählen immer einen SPD-Mann an die Spitze, seit 1945 ohne Unterbrechung. Klar, wenn ein Land so blendend dasteht, ist politische Kontinuität wünschenswert. Und der Neue, noch einmal: er heißt Carsten Sieling, hat jetzt, kaum im Amt, das wichtigste Problem der Hansestadt kraftvoll in Angriff genommen. Er hat angekündigt, die Droge Cannabis legalisieren zu wollen, denn deren „Kriminalisierung sei nicht mehr zeitgemäß“. Grüne, Linke und FDP finden das auch sofort ganz super und signalisierten bereits Zustimmung. Schon phantasieren die Ersten über zusätzliche Steuereinnahmen durch den legalen Verkauf der Droge, die in die Hochschule investiert werden könnten. Für jeden, der mal in der Bremer Exzellen-Universität war und dort den leichten süßlichen Duft bemerkt hat, der in vielen Gängen unüberriechbar ist, ein absolut logischer Gedanke.

Ich meine, Bremen sollte ein umfangreiches Geschäftsmodell aus Sielings Initiative machen, das den Zwei-Städte-Staat endlich wieder nach vorn bringt. Bremen als Deutschlands Amsterdam. Coffeeshops statt Eisdielen im Schnoor-Viertel, zum Hafenfest statt Shantychören Bob Marley-Coverbands und überall „Rauchen erlaubt“-Schilder mit der stilisierten Cannabispflanze drauf. Das würde den Tourismus enorm ankurbeln, und vielleicht könnte jemand für viel Geld sogar dem Inhaber eines schleswig-holsteinischen Spirituosenherstellers die Marke „Küstennebel“ abkaufen und mit neuem Leben füllen. Ideen muss man haben, dann kann Politik auch heutzutage noch etwas bewegen.

Kleiner Nachtrag: Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Mortler: „Mir ist wichtig, dass unsere Kinder gerade in der Zeit, in der sie ihre volle Energie am nötigsten brauchen, sich nicht durch

den Konsum illegaler Drogen gefährden. Die Studienergebnisse der letzten Jahre zeigen: Es gibt keine Belege dafür, dass Cannabiskonsum unbedenklich ist. Im Gegenteil: Gerade Jugendliche sind nachweislich besonders gefährdet.“